

## RELIGION IN PLURALISTISCHER GESELLSCHAFT UND WELTANSCHAULICH NEUTRALEM STAAT<sup>1</sup>

Je moderner eine Gesellschaft, desto säkularer werde sie. Das war lange Zeit die – beinahe selbst religiöse – Überzeugung in den westlichen Gesellschaften, jedenfalls unter den liberal «Aufgeklärten». Säkularisierung im Sinne des Verschwindens, wenigstens des Zurückdrängens von Religion, sei ein irreversibler Prozess. Dieser Glaube ist, wenn nicht gänzlich widerlegt, so doch erschüttert: Religion ist am Beginn des 21. Jahrhunderts von überraschender, kräftiger und dabei wahrlich widersprüchlicher Vitalität. Das gilt sogar für das globale Christentum, das – wie vergleichende Untersuchungen zeigen – weltweit besonders intensiver Verfolgung ausgesetzt ist. Man muss ja nicht unterdrücken und verfolgen, was nicht Lebenskraft hat, was nicht als stark empfunden wird! Religion ist also Teil der Moderne. Der Religiöse ist offensichtlich nicht einfach unmoderner als der Areligiöse.

Diese unübersehbare Tatsache widerspricht durchaus der Erwartung von Säkularisten verschiedenster Spielart. Und sie gilt nicht nur für unseren Globus insgesamt, sondern auch für Europa und selbst für Deutschland, von dem wir fast täglich die Behauptung hören und lesen können, es sei ein säkulares Land geworden. Aber alle Zahlen – vom Zensus bis zum Religionsmonitor – zeigen etwas anderes: Etwa 30% Protestanten und 30% Katholiken (Tendenz weiter sinkend), ca. 5% Muslime, ca. 5% Angehörige anderer Religionsgemeinschaften, über 30% Konfessionslose leben in Deutschland. Die Ex-DDR, also Ostdeutschland war und ist neben Tschechien das religionsloseste Land auf dem Globus: der einzige durchschlagende «Erfolg» des SED-Regimes. Zu den Ergebnissen des Monitors gehört auch: 85 % der Menschen meinen, man solle gegenüber allen Religionen offen sein. Zugleich aber sieht eine Mehrheit in der zunehmenden religiösen Vielfalt auch ein Potential für Konflikte. Und gerade in jüngster Zeit empfinden viele insbesondere den Islam als Gefahr, mindestens als Quelle von Beunruhigung.

WOLFGANG THIERSE, geb. 1943, war von 1990 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1998 bis 2005 dessen Präsident; Sprecher des Arbeitskreises «Christen in der SPD».

Solche Zahlen sind gewiss interpretationsbedürftig, aber lassen sich doch in dem Urteil zusammenfassen: Wir leben nicht einfach in einer säkularen Gesellschaft, sondern in einer religiös und weltanschaulich pluralen Gesellschaft. So wie auch Religionen selbst (ebenso wie Agnostizismus und Atheismus) individualistischer und also pluraler verstanden und gelebt werden. Es gibt nicht den einen, den religiösen oder areligiösen Deutungsrahmen sozialen und individuellen Lebens. Traditionen werden schwächer, Bindungen lockerer, Autoritäten haben weniger Wirkung. Das schafft eine Situation der Unübersichtlichkeit und der Unsicherheit. Genau dies aber, diese religiös-weltanschauliche Pluralität ist eine anstrengende Herausforderung für die Gesellschaft insgesamt. Eine anstrengende Herausforderung für Religiöse wie für Religionslose gleichermaßen. Toleranz ist gefragt, Respekt, Anerkennung, damit Pluralismus friedlich gelebt werden kann. Das aber ist alles andere als selbstverständlich.

Man erinnere sich an die weltanschaulichen und religiösen Konflikte in den letzten Jahren: Streit um Moscheebauten, Streit um Kopftücher und Kruzifixe oder die Auseinandersetzung um Beschneidung. Und schauen wir ringsum, dann erscheint Religion (mindestens in Form des islamistischen Fundamentalismus) als geradezu gefährliche, demokratiefeindliche Kraft. Die Reaktionen auf die brutalen Morde in Paris – ein Akt extremster Intoleranz – waren durchaus zwiespältig: Verteidigung von Meinungsfreiheit hier – Protest gegen Blasphemie anderswo. Und dann auch noch Köln, Ansbach, Würzburg, Chemnitz, Köthen, Dortmund (und welche deutsche Stadt soll ich noch nennen?). Wir ahnen, wir beobachten, dass sich – nicht nur weit weg, sondern auch in unseren Ländern – kulturelle und religiöse Konflikte häufen und verschärfen.

Was ist passiert, was geschieht gegenwärtig? Treten wir einen Schritt zurück.

Es ist erst 29 Jahre her: Die friedliche Revolution, die Überwindung des Ost-West-Systemkonflikts, die Vereinigung Deutschlands und die Überwindung der Spaltung Europas. Und wir erleben schon wieder eine neue, dramatische Wendung der Geschichte. Hunderttausende Flüchtlinge sind nach Europa, nach Deutschland gekommen – eine Bewegung, die vermutlich anhalten wird und die manche von einer neuen Völkerwanderung sprechen ließ. Sie trifft auf ein verunsichertes, zerstrittenes Europa, Deutschland darin eingeschlossen. Keiner weiß genau, wie viele und welche Veränderungen diese Entwicklung bewirken wird, vermutlich aber werden die Wirkungen der nun nicht mehr zu leugnenden Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist, viel folgenreicher sein als die der Wiedervereinigung. Und die Reaktion auf die Migrationsbewegung spaltet ja auch Europa insgesamt auf eine die europäische Zukunft durchaus gefährdende Weise.

Wir bemerken jedenfalls, dass unsere Gesellschaft sich durch Migration stark verändert. Sich auf diese Veränderung einzulassen, ist offensichtlich eine

anstrengende Herausforderung, erzeugt Misstöne und Ressentiments und macht vielen Einheimischen Angst, vor allem unübersehbar und unüberhörbar im östlichen Deutschland. Pegida ist dafür ein schlimmes Symptom, die Wahlerfolge der AFD (wohl auch der FPÖ) sind ein anderes. Vertrautes, Selbstverständliches, soziale Gewohnheiten und kulturelle Traditionen: Das alles wird unsicher, geht gar verloren. Individuelle und kollektive Identitäten werden infrage gestellt; durch das Fremde und die Fremden, die uns nahegerückt sind; durch die Globalisierung, die offenen Grenzen, die Zuwanderer, die Flüchtlinge. Die Folge sind soziale Abstiegsängste und «Entheimungsbefürchtungen», die sich in der Mobilisierung von Vorurteilen, in Wut und aggressivem Protest ausdrücken. Genau das ist unsere demokratische Herausforderung und sie ist politisch-moralischer Art: Dem rechtspopulistischen, rechtsextremistischen Trend, der sichtbar stärker und selbstbewusster geworden ist, zu begegnen, zu widersprechen, zu widerstehen. Es geht dabei ganz wesentlich um eine kulturelle Auseinandersetzung (und eben nicht nur um ein sozial-ökonomisches Konfliktgeschehen).

Denn darauf also müssen wir uns einstellen: Unser Land wird dauerhaft pluralistischer, also ethnisch, religiös und kulturell vielfältiger und widersprüchlicher werden. Der Pluralismus nimmt zu in einer entgrenzten Welt, in einer Welt der Menschen- und Fluchtbewegungen, der globalen Arbeitsteilung und der globalen Kommunikation und der weltweiten Kulturbegegnungen. Dieser Pluralismus wird keine Idylle sein, sondern steckt voller politisch-sozialer und religiös-kultureller Konfliktpotentiale. Und es ist nicht sicher, wir können jedenfalls nicht sicher sein, dass zunehmende Vielfalt den sozialen Zusammenhalt tatsächlich befördert und nicht doch eher gefährdet. Wie wir mit diesen Konflikten umgehen, das entscheidet über die Zukunft unserer Freiheit (die Religionsfreiheit eingeschlossen)!

Das ist der Hintergrund, vor dem ich ein paar Bemerkungen machen will über das Verhältnis von Religion und pluraler Gesellschaft, von Kirche und säkularem Staat, zum Christsein in der Einwanderungsgesellschaft, von Freiheit und Toleranz. Und ich spreche – noch einmal will ich das betonen – auf der Grundlage der Erfahrungen, Probleme und Debatten in Deutschland.

## I

Für die Verhältnisse eines «verschärften» Pluralismus scheint mir der Rahmen, den das deutsche Grundgesetz bietet, sehr passend. Seit 1919 (seit der Weimarer Verfassung) hat Deutschland keine Staatskirche oder Staatsreligion. Nur in den 40 Jahren DDR gab es eine Art von Staats- Ersatzreligion, hat sich der Staat als sinn- bzw. ideologiestiftende Instanz definiert. Die Folge war eine

weltanschauliche Erziehungsdiktatur, die zum Glück gescheitert ist. Die Bundesrepublik Deutschland ist geprägt durch ein besonderes Verhältnis von Staat und Kirche – und unterscheidet sich darin sowohl von Frankreich wie von den skandinavischen Ländern wie z. B. auch von den USA. Der Staat des deutschen Grundgesetzes ist weltanschaulich neutral, er verfißt selbst keine Weltanschauung, um so die Religionsfreiheit seiner Bürger zu ermöglichen. Man hat dieses Verhältnis von Staat und Kirche als ein Verhältnis der «respektvollen Nichtidentifikation» bezeichnet. Durch diese Zurückhaltung gibt der Staat ausdrücklich Raum für die starken Überzeugungen seiner Bürger, die die Zivilgesellschaft prägen und damit auch den Staat tragen. Er ist also kein säkularistischer Staat, also auch kein Staat der einen säkularen Humanismus vorzieht und fördert und Religion aus der Öffentlichkeit verdrängt. So wünschen es Laizisten und auch eine Mehrheit der veröffentlichten Meinung: Die Religionen, die Kirchen sollen sich gefälligst zurückhalten. Eine bekannte deutsche Schriftstellerin hat vor einiger Zeit die Forderung an die Religionsgemeinschaften gerichtet, «die Säkularität des Landes zu achten». Mit Blick auf einen tatsächlich oder vermeintlich integrationsunwilligen Islam formuliert sie: «Wenn die religiösen Ansprüche der Muslime mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes kollidieren, müsste man... die Privilegien der christlichen Kirchen beschränken, um den Zugriff des Islam auf das öffentliche Leben von uns allen zu verhindern.» Eine paradoxe Argumentation: Die Angst vor dem Islam wird gegen alle (öffentliche) Religion gerichtet. Ich vermute, das ist eine verbreitete Stimmung.

Die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit dagegen ist die Aufforderung an die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (also nicht nur an die christlichen Kirchen, sondern auch an andere Weltanschauungsgemeinschaften) und ihre Mitglieder, aus dem Raum des Innerlichen, des bloß Privaten herauszutreten und den Gemeinsinn mit zu formen, an der Gesellschaft mitzubauen, also öffentlich zu wirken und insofern «weltlich» zu werden. Mit anderen Worten: Der moderne Staat ist säkular nicht dadurch, dass er Religionen ausschließt, sondern dadurch, dass er die Koexistenz einer Vielfalt religiöser wie areligiöser Überzeugungen ermöglicht. Weil der Staat des Grundgesetzes nicht alles selbst erledigen kann und will, lädt er dazu ein, dass die Bürger aus ihrer jeweiligen Überzeugung heraus und nach gemeinsamen Regeln subsidiär zusammenwirken, über religiöse und kulturelle Unterschiede hinaus, gemeinsam das soziale und kulturelle und politische Leben gestalten. Diese Einladung auszuschlagen, sollte für Christen undenkbar sein, sie gilt ebenso auch für Juden, Muslime, Atheisten, Agnostiker.

## II

Für den Zusammenhalt einer pluralistischen Demokratie, einer widersprüchlichen, vielfältigen Gesellschaft, reicht offensichtlich nicht das allein aus, auf das ganz selbstverständlich zunächst hingewiesen werden kann und muss: Die gemeinsame Sprache, die Anerkennung von Recht und Gesetz, der vielgerühmte und gewiss notwendige Verfassungspatriotismus. Auch nicht die Beziehungen, die die Gesellschaftsmitglieder über den Markt und den Arbeitsprozess miteinander eingehen, nämlich als Arbeitskräfte oder Konsumenten. Auch das Beziehungsgeflecht, das wir über diese beiden Rollen erzeugen, reicht offensichtlich nicht aus, den Zusammenhalt einer so widersprüchlichen Gesellschaft zu garantieren.

Über all dies Selbstverständliche und Notwendige hinaus bedarf es, so meine ich, grundlegender Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen in dem, was wir Maßstäbe, Normen oder Werte nennen. Es bedarf tendenziell gemeinsamer Vorstellungen von der Freiheit und ihrer Kostbarkeit, vom Inhalt und Umfang von Gerechtigkeit, vom Wert und der Notwendigkeit von Solidarität, gemeinsamer oder wenigstens verwandter Vorstellungen von sinnvollem und gutem Leben, von der Würde jedes Menschen, von der Integrität der Person, von Respekt und Toleranz. Und es bedarf wohl auch eines Minimums gemeinsamer geschichtlicher Erinnerungen und kultureller Kenntnisse.

Dieses nicht unmittelbar politische sondern ethische und kulturelle Fundament gelingender Demokratie – das ist nicht ein für alle Mal da, sondern es ist gefährdet, ist umstritten, kann erodieren. Es muss immer wieder neu erarbeitet werden, es muss weitgegeben, vitalisiert, vorgelebt, erneuert werden. Das ist der Sinn des so oft zitierten Satzes des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: «Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann.» Die Verantwortung für diese Voraussetzungen, für dieses ethische und kulturelle Fundament unseres Zusammenlebens, tragen – über die Zuständigkeit des Bildungssystems hinaus – alle Bürger, insbesondere die kulturellen Kräfte einer Gesellschaft und darin eben auch und in besonderer Weise Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und also auch und selbstverständlich die christlichen Kirchen! Gewiss nicht sie allein in einer pluralistischen Gesellschaft, nicht die Christen und die religiösen Menschen allein und selbstverständlich nicht so, dass die Kirchen noch triumphalistisch daherkommen könnten. Sondern sie müssen sich in einer pluralistischen Gesellschaft als Dialogpartner verstehen, sich in die Debatte, ja auch in den Streit einbringen. Aber die Kirchen, die Christen sollten dabei auch nicht leisetretterisch und nicht ängstlich sein, die eigene Sache zu vertreten.

Deren Überzeugungskraft hängt allerdings immer mehr davon ab, ob und

inwieweit sie fähig sind zu selbstkritischer Reflexion und Praxis. Das gilt zumal für die katholische Kirche nach der moralischen Katastrophe des Missbrauchsskandals. Ihre künftige Glaubwürdigkeit, ob ihr überhaupt noch jemand zuhören bereit ist, wird ganz wesentlich davon bestimmt sein, wie konsequent und ehrlich sie mit diesem Skandal umgeht. Die Aufklärung wird nicht mehr nur Sache der Kirche selbst sein können. In einer offenen Gesellschaft wird eine geschlossene, sich abschließende Institution immer weniger eine positive Rolle spielen können.

### III

Die für Religion (und auch für dem Humanismus verpflichtete Weltanschauungsgemeinschaften) wesentliche Dimension der Nächstenliebe kann nur konsequent gelebt werden, wenn sie bis in die Sphäre des Politischen reicht und nicht davor halt macht. Vor diesem Hintergrund zu verlangen, dass Religion allein Privatsache sein dürfe und nicht mehr, das sollten Christen (und auch Juden, Muslime und andere Religionsgemeinschaften) sich nicht gefallen lassen. Gewiss ist Religion insofern Privatsache, als sie selbstverständlich Sache der freien, persönlichen Entscheidung des Einzelnen ist. Aber zu verlangen, sie müsse auch im privaten, nichtöffentlichen Raum bleiben, sie dürfe keine öffentliche Existenz, keinen politischen Wirksamkeitsanspruch haben, das verlangte eine Verfälschung von – nicht nur christlicher – Religion. Ich zitiere aus einem Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts (von 2009): «Die Religionsfreiheit beschränkt sich nicht auf die Funktion eines Abwehrrechts, sondern gebietet auch im positiven Sinn, Raum für die aktive Betätigung der Glaubensüberzeugung und die Verwirklichung der autonomen Persönlichkeit auf weltanschaulich-religiösem Gebiet zu sichern.»

Bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2015 hat Navid Kermani am Ende seiner beeindruckenden Dankesrede in der Frankfurter Paulskirche die Anwesenden aufgefordert sich zu erheben zu einem Gebet der Solidarität für vom Islamischen Staat im Irak Entführte. Er hat diese Bitte mit dem erklärenden (fast entschuldigenden) Satz verbunden: «Was sind denn Gebete anderes als Wünsche...»

Trotzdem hat dies zu einer kleinen Kontroverse geführt, die durchaus verätherisch ist. In der Süddeutschen Zeitung wurde Kermani ein «unerträglicher Übergriff» an einem «Ort konfessionsloser, zivilreligiöser Feierstunden» vorgeworfen und zwar durch dessen Wechsel von der Rede ins Register Gebet. Die Religionsfreiheit gebiete es, das Gebet den einzelnen Bekenntnissen zu überlassen. Und – Jürgen Habermas zitierend – die gläubigen Bürger sollten «ihre religiösen Überzeugungen in eine säkulare Sprache übersetzen.»

Der journalistische Kritiker verrät ein Verfassungs- wie Religionsverständnis, das ich für problematisch halte: Religion wird ins apolitische stille Kämmerlein verbannt, im Sinne eines radikalen Laizismus habe sie im öffentlichen Raum nichts zu suchen. Ein solches Verständnis wird dem Anspruch von Religion nicht gerecht und entspricht auch nicht der deutschen Verfassungstradition, die eben nicht laizistisch geprägt ist. Und es kann sich übrigens auch nicht auf Jürgen Habermas berufen, der ausdrücklich formuliert: «Die Antwort, die der Laizismus gibt, ist unbefriedigend. Die Religionsgemeinschaften dürfen, solange sie in der Bürgergesellschaft eine vitale Rolle spielen, nicht aus der politischen Öffentlichkeit verbannt werden. [...] Religiösen Bürgern und Religionsgemeinschaften muss es freistehen, sich auch in der Öffentlichkeit religiös darzustellen, sich einer religiösen Sprache und entsprechender Argumente zu bedienen [...] . Das universalistische Anliegen der politischen Aufklärung erfüllt sich erst in der fairen Anerkennung der partikularistischen Selbstbehauptungsansprüche religiöser und kultureller Minderheiten.»

Das ist nach meiner Überzeugung die eigentliche Herausforderung von zunehmendem religiös-weltanschaulichem Pluralismus: Nicht Atheismus, nicht Laizismus ist die Antwort auf Religion und Weltanschauung im Plural, sondern eine Zumutung anzunehmen. Diese Zumutung besteht darin, sich der Anstrengung unterziehen zu müssen, das Eigene zu kennen, zu vertreten und zu übersetzen, den Anderen zu verstehen zu suchen und eine gemeinsame Sprache zu finden. Noch einmal Habermas: «In der Rolle von demokratischen «Mitgesetzgebern» gewähren sich alle Staatsbürger gegenseitigen grundrechtlichen Schutz, unter dem sie als Gesellschaftsbürger ihre kulturelle und weltanschauliche Identität bewahren und öffentlich zum Ausdruck bringen können.»

#### IV

So sehr der moderne Verfassungsstaat ein säkularer Staat ist, so wenig handelt es sich bei ihm um ein antireligiöses Projekt. «Mit Gott keinen Staat zu machen», also die Trennung von Staat und Kirche, die Unterscheidung von Politik und Religion zu respektieren und zu praktizieren, heißt also nicht/darf also nicht heißen, Religion zur reinen Privatsache zu machen, sie also aus der politischen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit entfernen zu wollen. Darum genau aber geht der Streit dieser Tage: Wie sichtbar darf Religion sein? Wie politisch wirksam darf Religion werden? Welche Sichtbarkeit von Religion darf der Staat zulassen, welche verbieten? Welche politische Einmischung darf und muss der Staat sich verbitten? Die Rufe nach Verboten sind ja überlaut: Kopftuch, Burka, Burkini, Beschneidung, Kreuz – alles Anlässe für Aufregung und Verbotsrufe.

Darf aber die Verteidigung von Liberalität in illiberale Praxis umschlagen? Nein, die Verbannung des Religiösen aus der Öffentlichkeit wäre nur ein Zeichen von Angst! Ein forciert Laizismus würde zu einem Kulturkampf führen, der pluralismusfeindliche Züge trägt. Die Verteidigung der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates darf eben nicht zur Privilegierung von Religionslosigkeit führen. Im Gegenteil: Der neutrale Staat hat die Pflicht, Religionsfreiheit im umfassenden Sinn zu gewährleisten. Er darf also auch nicht den Eindruck zulassen, dass die negative Religionsfreiheit der vornehmere, wichtigere Teil von Religionsfreiheit sei und deshalb bevorzugt zu schützen wäre. Es gibt kein verfassungsrechtlich verbrieftes Recht, nicht von der Religion bzw. Weltanschauung der Anderen, der Mitbürger behelligt zu werden! Der neutrale Staat darf in seiner Praxis nicht religiöse Symbole in der Öffentlichkeit schlechter stellen als nicht-religiöse. Ja, er sollte nicht einmal das Fehlen religiöser Symbole privilegieren. Allerdings darf er auch nicht religiöse Symbole instrumentalisieren – etwa für parteipolitische, wahlpolitische Zwecke wie zuletzt in Bayern geschehen!

Und hier an der Wiener Universität betone ich: Dem konfliktträchtigen religiös-weltanschaulichen Pluralismus sollte der religionsneutrale Staat nicht durch institutionelle Bilderstürmerei begegnen, durch Säuberung öffentlicher Räume von religiösen Symbolen. Er hat weder das Recht noch die Pflicht zur Nivellierung faktischer religiöser Pluralität – etwa zugunsten einer religionslosen bzw. religionsverbergenden Neutralität.<sup>2</sup>

## V

Tätiges Zeugnis, Caritas und Diakonie gehören zum Wesen von Kirche, von Religion. Sie sind aber notwendig mehr als individuelle und gewiss löbliche Mildtätigkeit. Sie sind eben auch Einmischung in den demokratischen Streit – nicht so sehr als parteipolitische Stellungnahme, sondern vielmehr als Widerspruch oder Zustimmung, wenn es um Grundfragen des Lebens, des Zusammenlebens geht. Mögen auch viele Bürger den Kirchen nicht mehr folgen, deren moralische Unterweisungen für ihr persönliches Leben nicht mehr für so wichtig halten: Die Erwartung an die Kirchen, sich zu äußern, wenn es um Grundfragen des Lebens oder des Zusammenlebens geht, diese Erwartung ist – ausweislich vieler demoskopischer Untersuchungen – immer noch erheblich. Und sie sollten sich auch nicht irritieren lassen, dass für viele Menschen die Kirchen bestenfalls noch «Anstalten der stellvertretenden Moral» sind: «Die sollen vorleben, was mir fremd geworden ist» (Matthias Dobrinski in der Süddeutschen Zeitung). Eine gewiss widersprüchliche Erwartung, aber doch eine Erwartung!



Die Kirchen und die Religionsgemeinschaften ihrerseits können sich der Öffentlichkeit und dem Dienst an der Gesellschaft gar nicht entziehen und wollen es vernünftigerweise auch nicht. Ein Blick in die soziale und politische Realität zeigt: Unsere Gesellschaft und eben auch der demokratische Staat leben vom Engagement seiner Bürger, leben von deren Motivation, das eigene Interesse immer wieder neu auf das Gemeinwohl hin zu relativieren und zu übersteigen. Dabei spielen Angehörige von Religionsgemeinschaften eine gewichtige Rolle. Sozialwissenschaftliche Studien belegen immer wieder, dass christliche Religion über Identitäts- und Statusgrenzen hinweg integrierend wirkte und «brückenbildendes Sozialkapital» bildet, also eine bedeutende Quelle sozialer Integration ist.

Religiösen Menschen kommt demnach eine für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unersetzliche Funktion zu. Dies zu betonen, bedeutet keinen Ausschließlichkeitsanspruch zu erheben und übersieht nicht die integrativen Leistungen anderer Weltanschauungsgemeinschaften.

Als Politiker füge ich hinzu, dass der säkulare demokratische Staat sehr dumm wäre, wenn er auf dieses Potential verzichten wollte. Selbstbewusst darf man wohl sagen: Christen und Kirchen haben Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland (und ebenso gewiss auch Österreichs) mitgestaltet durch ihr politisches Engagement, ihre sozialen Leistungen, ihre Bildungsarbeit, ihre moralischen Interventionen. Das Christentum ist ein prägender Teil unserer Länder und diese sind bei allen Unzulänglichkeiten ganz gut damit gefahren. Sie haben vom Engagement der Christen durchaus profitiert. Und sie profitieren zunehmend wieder vom Engagement der Juden und mehr und mehr auch von dem der Muslime.

Der weltanschaulich neutrale demokratische Staat bleibt auf Menschen angewiesen, die sich in Weltanschauungs- und Religionsfragen nicht neutral verhalten – die sich aber ausdrücklich auf Fairness und Friedfertigkeit im Verhältnis zueinander verpflichten lassen (worauf der Staat mit seinen Gesetzen zu achten hat). Diese nicht neutralen Bürger machen den Staat – mit ihrem Gottesglauben oder ihrem Unglauben.

## VI

Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft, das sagt sich ganz leicht. Sie ist aber keine Idylle, sondern eine Zumutung. Eine freie Gesellschaft ist keine gemütliche Gesellschaft. Denn mit Pluralismus ist gemeint: die konfliktreiche, strapaziöse Pluralität von Überzeugungen, Weltbildern, Wahrheitsansprüchen, Wertorientierungen, Lebensweisen, sozialen Lagen, kulturellen Prägungen. Wie lässt sich die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, die kulturelle und

religiös-weltanschauliche Vielfalt in unserer Gesellschaft «ertragen», besser «leben» – ohne Ängste, ohne Ausgrenzungen, ohne Unterdrückung und Gewalt?

Ohne religiös-weltanschauliche Toleranz ist dieser Zusammenhalt gewiss nicht zu haben. Und erst in solcher Gesellschaft ist Toleranz geradezu existenziell nötig (in weltanschaulich-homogener Gemeinschaft – ebenso wenig in einer totalitären Gesellschaft – bräuchte man sie nicht). Erst in einer Gesellschaft der Differenzen erweist sich Toleranz als notwendige und zugleich anstrengende Tugend, die aber nicht einfach immer schon da ist, sondern um die man sich sorgen, sich kümmern muss – auch und gerade, wenn Religions- und Meinungsfreiheit von Staats wegen, also verfassungsmäßig garantiert sind.

Toleranz aber ist eine herbe, anstrengende Tugend. Denn anders als ihr populäres Missverständnis ist sie eben nicht Laissez faire, Indolenz, Desinteresse, Gleichgültigkeit, Beliebigkeit. Bei der Toleranz als einer Tugend der praktischen Vernunft geht es um die schwierige Verbindung von eigenem Wahrheitsanspruch mit der Anerkennung des Wahrheitsanspruchs des Anderen. So verstanden ist Toleranz eine unersetzliche Dimension von Gerechtigkeit – so wie ich als Sozialdemokrat sie verstehe, Gerechtigkeit nämlich als gleiche Freiheit. Toleranz ist Zentrum einer gelebten Kultur der Anerkennung gleicher Lebens- und Freiheitsrechte in einer pluralistischen Gesellschaft – eine Herausforderung für Religiöse wie Religionslose gleichermaßen.

## VII

Wir Christen sind (wie auch Juden, Muslime und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften und ebenso auch Agnostiker und Atheisten – aber bleiben wir bei den Religionen) Teil des Pluralismus, wir stehen nicht über ihm, haben keinen Ort außerhalb. Das ist für mich auch der vernünftige (und eben nicht triviale) Sinn des nun vielfach wiederholten Satzes: «Der Islam gehört zu Deutschland.» So wie – geschichtlich selbstverständlicher – das Christentum, das Judentum und die Aufklärungstraditionen zu Deutschland gehören. Was aber bedeutet dieses Wort «gehört» wirklich? Werden wir diesen anspruchsvollen Satz durchhalten können in unserem Land – angesichts so vieler Menschen muslimischen Glaubens, muslimisch-arabischer Kulturprägung, die zu uns gekommen sind. Angesichts von Ängsten und Konflikten?

Die deutsche Gesellschaft hat sich durch Migration stark verändert und wird sich weiter verändern. Immer mehr zu uns gekommene Menschen nehmen für sich in Anspruch, als Bürger dieses Landes diesen Wandel mitzugestalten. Es geht «um die fundamentale Aushandlung von Rechten, von Zugehörigkeit, von Teilhabe und von Positionen. Das ist das neue Deutschland. Es

handelt sich und seine (nationale) Identität gerade postmigrantisch neu aus» (so Naika Foroutan, die Berliner Migrationsforscherin).

Dieser Prozess, ich wiederhole es, ist offensichtlich eine ziemliche Herausforderung, erzeugt Misstöne und Ressentiments und macht vielen Menschen Angst, erzeugt Unsicherheit. Eine diffuse Abwehr von Religion greift um sich: «Islamisierung des Abendlandes» heißt die «Gefahr» auf der Straße (die Pegida-Anhänger sind allerdings meist konfessionslos). In den Feuilletons ist die Rede von den monotheistischen Religionen als gewaltfördernd, als «Brandstifter und Brandbeschleuniger». Ohne die Religionen wäre die Welt friedlicher, ist ein geläufiger Glaubenssatz unter den intellektuellen Eliten (die dabei die ziemlich areligiösen Hitler, Stalin, Mao, Pol Pot vergessen). Eine religionsfeindliche Stimmung breitet sich aus. Die Verteidigung von Liberalität schlägt um in illiberale Praxis: Man denke an Verbotsforderungen verschiedenster Art, etwa in Frankreich (Burkini) und in Deutschland (Burkaverbot). Jene Religion sei eben die beste, die man weder sieht noch hört. Ein sehr bequemes Verständnis von Freiheit!

Aber: Die Frage nach der Gefährlichkeit von Religion, nach ihrem Gewaltpotential ist durchaus ernstzunehmen – auch wenn sie gegenwärtig Judentum und Christentum nicht unmittelbar betrifft, weil zumal das Christentum eine durchaus mühselige Geschichte der Mäßigung und des Erwerbs von Toleranzfähigkeit hinter sich hat. Wie geht das aber: Angesichts der allabendlichen Fernsehnachrichten über – unter Berufung auf den Islam – begangene Gewalttaten die Unterscheidung von Islam und Gewalt festzuhalten, sie immer neu zu betonen – ohne einen sippenhaftartigen Bekenntniszwang gegenüber den heimischen Muslimen auszuüben und ohne die frustrierende ständige Distanzierungsaufforderung an unsere muslimischen Nachbarn. Das gilt ja erst recht nach den Pariser Mordtaten, nach den Kölner Schandtaten, nach Berichten über Straftaten von Flüchtlingen und ihren emotionalen Wirkungen: Wie bleibt die notwendige Differenzierung möglich?

Andererseits: Die ständige Wiederholung der beschwörenden Abwehrformel: «Das alles hat nichts mit dem Islam zu tun» – sie hat, fürchte ich, gegenteilige Wirkung bei vielen. Denn – das ist ja Teil der täglichen Nachrichten – die Terroristen sind nun mal Muslime bzw. und genauer: sie behaupten es zu sein und berufen sich unüberhörbar und unübersehbar auf den Koran. «Es gibt eine friedliebende Deutung des Korans, aber auch eine gewalttätige», sagt der islamische Theologe Mouhanad Khorchide. Ahmad Mansour, der Berliner Muslim, hat in einem Spiegel-Essay geschrieben: «Wenn Kanzlerin Angela Merkel sagt: «Der Islam gehört zu Deutschland», dann möchte ich sie fragen: welcher Islam? Muslime gehören zu Deutschland, zweifellos. Aber mein Islam ist ein anderer als der Islam der Hassprediger, ein Islam, der nicht in eine Demokratie

gehört.» Einen freiheitsfeindlichen Islam, einen militanten Islamismus können wir nicht tolerieren – um des friedlichen Zusammenlebens willen. Ein solcher Islam gehört nicht zu Deutschland, nicht zu Österreich.

Wenn wir also ja zum Islam als einem Teil unserer Gesellschaft sagen, dann erlaubt und verlangt dieses Ja dann auch Fragen: nach einer Reform des Islams, nach seiner Vielfalt, seiner inneren Differenzierung, seiner Theologie, nach den Unterschieden zwischen einem europäischen (deutschen? österreichischen?) Islam und dem Islam etwa in Saudi-Arabien oder anderen islamisch bestimmten Staaten ohne Religionsfreiheit.

Die Überwindung von Ängsten und Vorurteilen gegenüber dem Islam hierzulande ist gewiss eine gemeinsame Aufgabe der Religionsgemeinschaften also auch von uns Christen und der demokratischen Gesellschaft insgesamt. Sie ist es auch für Atheisten und Agnostiker, wenn diese denn gegenüber dem Islam, also den Muslimen, nicht nur ein Verhältnis gnädiger, herablassender Duldung, sondern wirklichen Respekts einnehmen wollen. Es ist aber ganz wesentlich auch eine Aufgabe der muslimischen Gemeinschaften selbst, ihrer Imame und Sprecher sowie ihrer Offenheit und Gesprächsbereitschaft.

## VIII

Wir haben noch viel Verständigungsarbeit vor uns. Damit Toleranz als Respekt gelebt wird und nicht als bloße gnädige Duldung. Es wird sehr anstrengend werden! Denn es geht darum, wechselseitige Zumutungen friedlich zu ertragen, freundlich mit ihnen umzugehen. Nur einige Beispiele: Christen, Juden und Konfessionslosen wird zugemutet, dass Muslime noch mehr Moscheen bauen, dass sie zu Ramadan sichtbar fasten, dass muslimische Frauen freiwillig (!) Kopftuch tragen, dass es auch Lokale ohne Alkohol, dafür aber mit Halal-Fleisch gibt, dass die Vorstellungen über die Familie oft sehr konservativ sind. Die Muslime ihrerseits haben zu akzeptieren, dass die Freiheit für alle gilt, also auch für Frauen, die nicht unter dem Patriarchat leben möchten, also auch für Schwule, für Religionskritiker, für andere Religionen und Bekenntnisse. Die Muslime müssen respektieren, dass die Gesetze der Religion nicht über den Gesetzen des Staates stehen, sondern in diesen ihre Grenzen finden. Und sie müssen lernen, dass Islam-Kritik nicht gleich Islam-Feindschaft ist (so wie auch Christen zu lernen hatten, dass Religionskritik selbstverständlicher Teil einer pluralistischen Kultur ist).

Das aber heißt konkret: Immer wieder neu und im Streit ist auszuhandeln, was verträglich und vernünftig ist. Darf eine Grundschullehrerin im Unterricht ein Kopftuch tragen? Muss man hinnehmen, dass strenge Muslime Frauen nicht die Hand geben? Darf man Tiere ohne Betäubung schächten? Welche

Mitsprache sollen muslimische Verbände beim Religionsunterricht haben? Wo verläuft die Grenze zwischen arrangierter Hochzeit und Zwangshochzeit? Darf man sein Kind vom Schwimmunterricht abmelden, weil es andere Kinder in Badehose sehen könnte? In Sachen Burkini, Burka, Niquab ist der Streit schon heftig im Gange. Ich fürchte mich vor dessen parteipolitischer Instrumentalisierung! Und ich glaube nicht, dass wir den Streit durch flotte Verbote vermeiden können.

Um es noch einmal grundsätzlich zu sagen: Alle – Christen, Juden, Muslime, Atheisten, Agnostiker usw..., Einheimische wie zu uns Gekommene – wir alle werden uns immer wieder der Debatte stellen müssen: Was begrenzt kulturell-religiös-weltanschauliche Selbstbestimmung, was ist das verpflichtend Gemeinsame, worauf gründen wechselseitige Anerkennung und Gesprächsfähigkeit und Gesprächsbereitschaft der Verschiedenen? Was ist Toleranz, wie weit muss, darf sie gehen? Wo ist ihre Grenze? Brauchen wir wirklich immer Verbote? Wie vergewissern wir uns des Gemeinsamen, damit wir Vielfalt friedlich leben können? Darum geht es, muss es gehen – egal wie wir es nennen: ob «Leitkultur» (ein irgendwie belasteter, verdorbener Begriff) oder «zivilbürgerliche Kultur», »gemeinsame Bürgerschaft» (reicht dies?) oder wie ich es nenne: «das nichtpolitische, sondern ethische und kulturelle Fundament gelingenden Pluralismus, gelingender Demokratie». An diesem Fundament haben die Christen, die Religiösen, die Kirchen und Religionsgemeinschaften mitzubauen, das ist Pflicht und Chance zugleich!

Um es deutlich zu sagen: Antisemitismus, Rassismus, Homophobie, Unterdrückung der Frau, religiöse Intoleranz – das sind keine Beiträge zu diesem Fundament, sie zerstören es vielmehr. Egal ob sie von Zuwanderern aus der arabisch-islamischen Welt oder von Menschen aus dem eigenen Land (von Pegida bis AfD oder FPÖ) und ausgedrückt werden! Integration, die große Herausforderung der nächsten Jahre, verlangt zwei Blickrichtungen, sie ist eine doppelte Aufgabe: Die zu uns Gekommenen sollen, sofern sie hier bleiben können und wollen, heimisch werden im fremden Land – und den Einheimischen soll das eigene Land nicht fremd werden.

Heimisch werden und heimisch sein heißt, die Chance zur Teilhabe an den öffentlichen Gütern des Landes zu haben, also an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Demokratie und Kultur partizipieren zu können. Es heißt auch, menschliche Sicherheit und Beheimatung zu erfahren, was mehr ist als Politik allein zu leisten vermag, sondern Aufgabe vor allem der Zivilgesellschaft ist, ihrer Strukturen und Gesellungsformen, von deren Einladungs- oder Abweisungscharakter, also gerade von unserem Engagement, unserer Solidarität als Christen abhängt, die wir Bürger von Einwanderungsländern, von pluralistischen Gesellschaften sind.

«Niemand kann verlangen, dass unser Land sich ändert», so hat es der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban vor drei Jahren gesagt. Das ist ein Satz der Angst (von der ich vermute, dass viele Menschen auch in unserem Land sie teilen). Es ist aber auch ein fataler Satz. Denn wir wissen doch: Nur offene, sich verändernde Gesellschaften sind produktiv und haben Zukunft! Das ist jedenfalls meine Erfahrung von 1989: Geschlossene, eingesperrte Gesellschaften bedeuten Stillstand, sind nicht überlebensfähig, müssen überwunden werden!

Deshalb ist es unsere Aufgabe gerade als Angehörige verschiedener Überzeugungsgemeinschaften, als demokratische Bürger, insbesondere aber als Christen, die Ängste bei den vielen überwinden zu helfen, die Aufgabe der Integration anzunehmen, die «neue Völkerwanderung» zu gestalten. Mit menschlichem Anstand, mit Kraft und Ausdauer, mit langem Atem. «Ohne Angst und Träumerei» – so hat es der frühere Bundespräsident Johannes Rau einmal formuliert.

Wenn Religion, ihre Vielfalt und ihr Konfliktpotential, Teil des Problems ist, dann kann und soll Religion auch Teil der Lösung sein – und eben nicht das diffuse Misstrauen gegenüber Religion, ihre grundsätzliche Abwehr und die Einschränkung von Religionsfreiheit!

## Anmerkungen

- 1 Festvortrag zum *dies facultatis* der Katholisch-theologischen Fakultät der Universität Wien am 15.10. 2018.
- 2 Vgl. zum Hintergrund Jan-Heiner TüCK, *Gegen die weiße Wand. Ein leicht laizistisches Gefälle: In Wien sollen die Theologen künftig in Hörsälen ohne Kreuz lehren. Ist das richtig?*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Februar 2018 (Nr. 39), S. 9 (*Anm. d. Red.*).

## Abstract

*Religion, Secular State and Pluralistic Society Today.* This essay focusses on the eminent and controversial role of religion in present pluralistic society, which is impregnated by secularism. It is of great importance to constantly configure the relation between religious freedom and secularist politics and culture. Democracy today is in need of an ethical and cultural fundament because it «lives by prerequisites which it cannot guarantee itself» (Böckenförde dilemma). Therefore christian theology and the Churches need to be an active partner in dialogue with pluralistic society. The phenomenon of pluralistic worldviews and religiousness can not be countered simply with atheism and laicism. Society is in need of efforts of translation between foreignness and the own, between religious traditions and secular culture.

*Keywords:* laicism – Islam – Christianity – religious freedom – Ernst-Wolfgang Böckenförde – Jürgen Habermas